Rhedaer Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 343 | Montag, den 10. Dezember | Jahrgang 1928

Der Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei.

Ein geistreicher Vortrag. / Ein Appell der Jugend. / Der Dank an Marx. / Kein Dreimännerkollegium. Abg. Kaas zum Vorsitzenden gewählt. / „Der Fahnenträger ist nichts, die Fahne ist alles".

Der neue Führer.

◇ **Köln, 9. Dez. In der gestrigen Nachmittagssitzung des Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei wurde in geheimer Abstimmung der Reichstagsabgeordnete Prälat Dr. Kaas zum Vorsitzenden der**



Deutschen Zentrumspartei gewählt. Von 318 abgegebenen Stimmen erhielt Dr. Kaas 184, Joos 92 und Hr. Stegerwald 42 Stimmen.

★

Die Wahl des Prälaten Dr. Kaas zum Nachfolger des hochverdienten, aber durch seinen leider nicht einwandfreien Gesundheitszustand zur Resignation gezwungenen langjährigen Parteichefs Dr. Marx bedeutete insofern eine Ueberraschung, als am Freitag abend der Reichsparteiausschuß, wenn auch mit offensichtlichem inneren Widerstreben, dem ihm von Joos gemachten Vorschlage gefolgt war und drei Vorsitzende mit gleichen Rechten, also eine Art Direktorium, wie es letzthin bei den Deutschnationalen vor der Wahl Hugenbergs zum Parteiführer bestand, in ernste Erwägung gezogen hatte. Weiter auch deshalb, weil bekannt war, daß Dr. Kaas, der ja vor noch garnicht langer Zeit so schwer erkrankt war, daß die Aerzte schon fast mit seinem Ableben rechneten, ganz eindeutig die an ihn gerichtete Eventualfrage, ob er die Wahl zum Parteivorsitzenden annehmen würde, abgelehnt hatte. Der aus der Mitte des Parteitags gekommene Antrag aber, der sich gegen den Beschluß des Parteiausschusses richtete und einen Mann, nicht drei, zum Führer forderte, bezeugt mit den vielen Unterschriften, die er gefunden hatte, deutlich, daß man mit dem Ergebnis der langwierigen vorbereitenden Verhandlungen des Donnerstags und Freitags in breitesten Kreisen nicht zufrieden war. Und so wurde denn nach allen Regeln der Demokratie in geheimer Zettelwahl eine Entscheidung gesucht. Wie sie ausgefallen ist, geht aus der vorstehenden Meldung hervor. Daß ein guter und tüchtiger Mann gewählt worden ist, wird jeder, der Dr. Kaas kennt, gern bestätigen, ohne daß mit solcher Aeußerung auch nur ein Wort der Kritik gegen die beiden anderen Kandidaten gesagt werden soll. Stegerwald und Joos sind beide Männer, die das Vertrauen der Zentrumspartei haben. Es sind Politiker von nicht geringem Format. Wenn sich aber die Mehrheit des Parteitags für den Trierer Prälaten, den als Mitglied der Genfer Delegation wiederholt hervorgetretenen Reichstagsabgeordneten Dr. Kaas entschieden hat, so mag dabei neben persönlicher Wertschätzung noch die Frage mitgespielt haben, ob es für die alle Stände umfassende Partei ratsam sei, in der Standesbewegung stark hervorgetretene Männer auf den ersten Posten der Partei zu stellen. In der Wahl darf man, so bedauerlich es ist, daß nicht weniger als dreimal hintereinander Stegerwald in eine für ihn nicht angenehme Situation geraten ist, unter keinen Umständen eine gegen die christliche Arbeiterschaft gerichtete Kundgebung erblicken. Wir schätzen Stegerwald und wir schätzen Joos sehr hoch, sie haben beide erhebliche Führerqualitäten. Aber gleiches trifft auch für Dr. Kaas zu. Seine Wahl kann und darf keine Kränkung für die beiden anderen und diejenigen sein, die in ihnen ihre berufsständischen Führer erblicken. Man hatte zwischen drei hervorragenden Männern zu wählen, und der lediglich als Politiker Hervorgetretene wurde gewählt. Wir beglückwünschen ihn aufrichtig und hoffen zuversichtlich, daß er das ihm übertragene verantwortungsvolle Amt zum Heil und Segen der Partei, würdig seinen großen Vorgängern auf diesem Posten, lange Jahre mit Energie und Klugheit versehen wird.

★

Der neue Führer des Zentrums, Abg. Prälat Dr. Kaas, wurde am 22. Mai 1881 als Sohn eines Kaufmannes in Trier geboren, wo er auch das Gymnasium absolvierte, um sich dann in Trier, Rom und Bonn dem Studium der Theologie zu widmen. Nach kurzer Tätigkeit in der Seelsorge war er von 1910—1918 auf dem Gebiete der Erziehung und des Schuldienstes als Rektor des Waisenhauses Kemperhof bei Koblenz tätig. Im Jahre 1918 wurde er dann als Professor des Kirchenrechtes an das Priesterseminar in Trier berufen und schon 1919 folgte er einem Rufe nach Bonn in gleicher Eigenschaft. Ebenfalls im Jahre 1919 trat er in die Politik ein, indem er auf der Zentrumsliste in die Nationalversammlung gewählt wurde; seit 1920 gehört er dem Reichstage an, seit 1921 dem preußischen Staatsrat und ist seit Oktober 1925 Mitglied der deutschen parlamentarischen Delegation in Genf.

★

Die Verhandlungen am Samstag nachmittag.

Von unserem Sonderberichterstatter.

!! **Köln, 8. Dezember.**

Am Samstag nachmittag gegen 3 Uhr setzte der Zentrumsparteitag seine Verhandlungen fort.

Prof. Raederscheidt,

Direktor der Pädagogischen Akademie in Bonn, erhielt gleich zu Beginn zu einem Referat über die geistige Grundlage der Zentrumspartei das Wort. Der Vortrag, wirklich tief schürfend, — hier ist das in der Presse oft mißbrauchte Wort am Platze — breitete die geistige Basis des Zentrums, die die weltanschauliche Grundlage und das Handeln der Partei bestimmt und ihre Fraktion zu positiver Mitarbeit am Staate zwingt, vor den den weiten Saal des Messehofes füllenden Zuhörern aus, und legte dar, warum das Zentrum die für die Katholiken gegebene Partei ist, warum es sie zum Dienst an Staat und Volk drängt und welches die Quellen und Motive ihres politischen Handelns sind. Das alles brachte Raederscheidt in außerordentlich plastischer und klarer Fassung zum Ausdruck.

Prof. Raederscheidt fand bei diesen seinen Ausführungen eine mit Interesse folgende Zuhörerschaft, die ihm mit sehr starkem Beifall am Schluß herzlich dankte.

Dann eröffnete Dompropst Linneborn in Abwesenheit des stellv. Parteivorsitzenden, der sich mit dem Parteivorstand zu einer Beratung zurückgezogen hatte, die

Diskussion.

Er gab zunächst dem Landtagsabgeordneten Baumhoff das Wort, der sich insbesondere zum

Beamtenproblem

äußerte. Der Beamtenbeirat habe in langen Beratungen mit dem Parteivorstand ein Beamtenprogramm ausgearbeitet, das er dem Parteitag zur Stellungnahme unterbreiten werde. Freudig haben wir, so fährt der Redner fort, Stegerwalds Ausführungen am Vormittag angehört. Sie werden im Lande als ein Erlösungswort aufgefaßt werden. Herzlich danken wir Stegerwald, daß er den berüchtigten Brief aus eigenem Entschluß zurückgezogen hat (Bravo!). Dieser Brief existiert jetzt nicht mehr. Wir haben wieder klare Luft. Allerdings ist die Mißstimmung in der Beamtenschaft sehr böse, sodaß sie sich nicht von heute auf morgen bessern wird. Besser wäre es gewesen, wenn der Brief schon vor einem halben Jahre zurückgezogen worden wäre. Man hat einen Gegensatz und eine Feindschaft konstruiert zwischen Zentrumsarbeiterschaft und Zentrumsbeamtenschaft. Ich sehe eine solche Feindschaft nicht. Wir lassen uns nicht in Gegensatz bringen zur christlichen Arbeiterschaft. Uns soll nichts trennen, kein Feind, keine menschliche Schwäche, aber auch keine Primadonneneitelkeit.

Der nächste Diskussionsredner war der frühere Oberbürgermeister von Aachen, Landtagsabgeordneter Farwick, der in beredten Worten über die

Not der Grenzlande

sprach, und einen Antrag, der eine Besserung der Wirtschaftslage im Aachener Grenzgebiet bezweckt, sowie eine Entschließung begründet, die unverzügliche Inangriffnahme des Baues von Wasserstraßen und sonstigen Verkehrswegen mittels Aufnahme von Notstandsarbeiten und zur Erstellung von Wohnungen in den Grenzgebieten fordert und die Schaffung einer Zentralreichsstelle zur Durchführung der genannten Aufgaben für dringend notwendig erklärt.

Darauf erhielt der Reichstagsabg. Dr. Krone, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Windthorstbunde das Wort. Er sprach für die Jugend und suchte den Parteitag für ihre Ideen und Interessen zu gewinnen und bei den Aelteren das notwendige Verständnis für die jugendlichen zur Partei drängenden Kräfte zu erwecken. Seine beredten Worte fanden in der Versammlung ein recht starkes Echo und veranlaßte auch den Dompropst Linneborn zu einigen dieser Anteilnahme Ausdruck gebenden Worte

Eine Ovation für den scheidenden Vorsitzenden.

Inzwischen hatte der Parteivorstand seine Sitzung beendet und erschien wieder im Saal. Justizrat Mönnig übernahm wieder den Vorsitz. Reichskanzler a. D. Dr. Marx wurde beim Erscheinen mit stürmischem orkanartigem Beifall begrüßt. Die weitere Diskussion wurde zurückgestellt, damit zunächst die Wahl des Parteivorsitzenden vorgenommen werde. Justizrat Mönnig sagte, bevor in den Wahlakt eingetreten wurde, dem scheidenden Parteivorsitzenden Dr. Marx in tief empfundenen Worten herzlichen Dank für sein bisheriges Wirken in der Partei. Marx, so führte er aus, ist wegen seines Gesundheitszustandes, wie er uns erklärt hat, nicht mehr in der Lage, den Parteivorsitz weiter zu führen. Wir haben uns bemüht, ihn dazu zu bewegen, das Amt weiter zu behalten; aber er hat das abgelehnt. Wir müssen dem Rechnung tragen und zur Wahl eines neuen Vorsitzenden kommen. Eine Epoche hat, wenn Marx seinen Vorsitz niederlegt, ein Ende gefunden. Seit 30 Jahren hat er sein ganzes Können, seine Gesundheit in den Dienst der Partei gestellt. Als er Parlamentarier wurde, gehörte noch Mut dazu, besonders für einen Beamten, zu sagen: Ich bin Zentrumsmann. Marx wird uns immer als Ideal vorschweben (stürmisches Bravo!). Wenn wir alle mit der Ueberzeugung und Tatkraft wie er, arbeiten, dann sind wir als Partei unüberwindlich (Bravo!). Wir geloben, daß wir Marx' Beispiel nachfolgen wollen. Wir wollen in ihm auch weiter den Führer sehen, der er uns gewesen ist. Marx hat in der dunkelsten Stunde, die über uns hereinbrach, die Regierungszügel mit großem Erfolg in die Hand genommen. Als er Reichskanzler wurde, sah es im Deutschen Reich außerordentlich traurig aus. Wir im Westen besonders erkennen dankbar die Haltung an, die er als Reichskanzler eingenommen hat. Er war der erste deutsche Staatsmann, der überhaupt von den Feindmächten angehört wurde und damals tönte es von London her, daß man einen Deutschen gehört habe, dem man Glauben und Vertrauen schenken könne. Mit nochmaligen herzlichen Dankesworten schloß Mönnig seine Ansprache, der minutenlang anhaltender Beifall und Händeklatschen folgte.

Hierauf ergriff

Reichskanzler a. D. Dr. Marx

selbst, wiederum von lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort, um Dankes- und Abschiedsworte an den Parteitag zu richten. Bescheiden, wie er ist, lehnte er alles Lob ab. Der Hauptvorzug, den ich habe, sagte er, ist der, daß meine Wiege in Köln am Rhein gestanden hat. Der Kölner Dialekt erzeugt nun einmal Vertrauen in der Welt. Es ist wahr, daß mir die Aerzte verboten haben, mich den Anstrengungen, die mit dem Amt des Parteivorsitzenden verbunden sind, weiter zu unterwerfen. Ich danke Ihnen und der ganzen Partei für das Vertrauen, das mir in den sechs Jahren, in denen ich den Parteivorsitz innegehabt habe, gewährt worden ist. Ich werde der Partei die Treue halten bis zum letzten Augenblick meines Lebens. Ich will nunmehr draußen im Lande die Arbeit übernehmen und mit der Jugend in Fühlung zu kommen suchen. Auf diesen Parteitag in Köln schauen weite Kreise des deutschen Volkes und andere Völker. Das Zentrum hat eine große Aufgabe in Deutschland, die wir auch fernerhin zu erfüllen haben. Dazu wollen wir fest entschlossen sein. Wir müssen der Welt beweisen, da nun einmal die große Mehrheit unserer Parteifreunde Katholiken sind, daß im Katholizismus starke erhaltende Kräfte liegen. Wir müssen deshalb unsere Stärke im öffentlichen Leben Deutschlands bewahren. Die Einigkeit in unseren Reihen ist daher der größten Opfer wert. Wir können aber nur dann zu einem Erfolg kommen, wenn wir

eine große, starke, in sich geschlossene Partei bleiben.

Mit einem Appell an den Parteitag zur Einigkeit schloß Dr. Marx seine mit begeisterten Bravorufen und Händeklatschen aufgenommene Ansprache. Ein ihm überreichter Rosenstrauß zeugte noch außerdem von der Verehrung, die er in der Partei genießt.

Darauf nahm wiederum Justizrat Mönnig das Wort. Er teilte mit, daß die Wahl des Parteivorstandes in einer Kommission vorbereitet werde, die morgen früh dem Parteitag ihre Vorschläge unterbreiten werde. Sodann erklärte er die Sitzung für geschlossen. Alle Nichtparteitagmitglieder, mit Ausnahme der Vertreter der Zentrumspresse, mußten den Saal verlassen. Mönnig machte der Versammlung bekannt, daß zu der Wahl des Parteivorsitzenden, zu der man nunmehr kam, zwei Anträge eingelaufen seien. Der eine ist der Antrag des Reichsparteiausschusses, der dem Reichsparteitag empfiehlt, zu beschließen, daß der vom Reichsparteitag zu wählende Reichsparteiausschuß aus seiner Mitte drei Vorsitzende mit gleichen Rechten wählt. Ein zweiter Antrag ist aus der Mitte der Versammlung mit vielen Unterschriften eingegangen des Wortlauts:

„Der Parteitag lehnt die Bildung eines Dreimännerkollegiums durch den neu zu wählenden Parteivorstand ab und nimmt die direkte Wahl eines Parteiführers vor."

Ueber den zweiten Antrag wurde zunächst abgestimmt. Er wurde gegen ein paar Stimmen unter lebhaften Zustimmungskundgebungen angenommen.

Sodann ging man an die

Wahl des Vorsitzenden.

Drei Namen wurden genannt:

Joos, Kaas und Stegerwald.

Die Wahl geschah, ohne daß eine Aussprache stattfand, durch Stimmzettel und namentlichen Aufruf der Wahlberechtigten.

Kurz vor 7 Uhr war die Auszählung der Stimmen beendet. Abgegeben wurden 318 Stimmen. Die absolute Mehrheit betrug also 160. Abgegeben wurden für Prälat Dr. Kaas 184, für Joos 92, für Stegerwald 42 Stimmen.

Als das Ergebnis der für Kaas abgegebenen Stimmen bekannt wurde, setzten lebhaftes Händeklatschen und Beifallsrufe ein. Der Vorsitzende Mönnig richtete darauf an Dr. Kaas die Frage, ob er die Wahl annehme.

Prälat Dr. Kaas

antwortete mit einer geradezu meisterhaften Rede, in der er etwa folgendes ausführte:

„Als ich am heutigen Tage hierherkam, habe ich den festen Willen gehabt, dem Kandidaten meine Unterstützung zu leihen, den man auf den verantwortungsvollen Posten des Parteivorsitzes wählen würde. Ich habe nicht geglaubt, daß an mich diese schicksalsschwere Frage gerichtet werden könnte. Als vor einiger Zeit von verschiedenen Stellen aus die Eventualfrage, ob ich das Amt des Parteivorsitzenden übernehmen würde, an mich gestellt wurde, habe ich mit einem klaren und, wie es mir schien, definitiven Nein geantwortet. Ich erinnere mich noch des Tages, wo mir von Freunden in der Reichstagsfraktion und dem damals in Berlin weilenden Parteivorstand an mein Krankenlager, das fast mein Sterbelager geworden wär, ein Glückwunschtelegramm für meine Genesung gesandt wurde. Ich habe nie gedacht, daß die Partei noch einmal an mich mit solch einer Frage herantreten könnte. Die Frage nach zwingenden Gesundheitsgründen, die die Aerzte, wenn ich sie noch einmal befragen würde, nochmals bejahen würden, glaube ich jetzt nicht mehr aufwerfen zu sollen. Ich habe dieses Amt nicht nur nicht gesucht, sondern ich habe es gescheut wegen der gewaltigen Anforderungen, die mit dieser Würde verknüpft sein würden. Wenn Sie aber jetzt in dieser Stunde nach so langen und schweren Beratungen an mich die Frage richten, ob ich das Vertrauen, das Sie mir entgegenbringen, mit einem Ja beantworte, dann sage ich im Bewußtsein der großen Verantwortung ein zwar schmerzlich bewegtes, aber doch auch opfermännliches Ja. (Stürmischer Beifall.) Was dieses Ja für mich bedeutet, das gehört zu privaten Erwägungen, das geht die Oeffentlichkeit nichts an. Wenn mich irgend etwas in dieser schweren Stunde stützt und stärkt, dann ist es der Gedanke, daß ich von einem Vertrauen und einer Hingabe unterstützt sein werde, die den Führern in früheren Zeiten entgegengebracht wurden und von dem ich hoffe, daß ich es mir wenigstens in bescheidenem Maße verdienen werde. Wenn ich an die großen Zentrumsführer Windthorst, Gröber, Trimborn und Marx zurückdenke, dann habe ich das Gefühl, eine fast unantragbare Bürde zu übernehmen, dann weiß ich, welch schweren Weg ich nun noch zu gehen habe. Aber das, was einer nicht kann, das können viele, und was ich nicht kann, das können wir, in dem Augenblick, wo die vielen Ich aufhören (Lebhafter Beifall!) und wo wir uns den Massen uneigennützig und selbstlos zur Verfügung stellen, wo wir uns wieder zu der Wahrheit bekennen: Der Fahnenträger ist nichts, die Fahne ist alles." (Stürmischer Beifall!)

Sodann richtete Justizrat Mönnig herzliche Worte an den neuen Parteichef. Sie sind, sagte er, in einer Weise gewählt worden, wie Sie nur immer nach demokratischen Grundsätzen gefordert werden kann. Der Beifall hat ihnen bezeugt, daß wir Ihnen mit Vertrauen entgegenkommen. Wir, die Wähler, wollen Ihnen in dieser Stunde versichern, daß wir mit Ihnen arbeiten wollen. So wollen wir hoffen, daß wir einen tüchtigen Führer gewählt haben.

Mit einem Glückwunsch schloß Justizrat Mönnig seine Rede und vertagte darauf den Parteitag auf Sonntag vormittag.

★

Zweiter Tag.

Von unserem Sonderberichterstatter.

× **Köln, 9 Dezember (Drahtb.)**

Der zweite Tag des Parteitages begegnete, nachdem die Führerfrage gelöst ist, naturgemäß nicht mehr dem großen Interesse, das gestern zur überstarken Besetzung des großen Saales des Messehofes geführt hatte. Immerhin waren auch heute, wo hauptsächlich wirtschaftspolitische Fragen zur Erörterung standen, die Tagung noch durchaus befriedigend beschickt. Die Vormittagssitzung, von dem neuen Parteichef Dr. Kaas um 10 Uhr eröffnet, begann mit einem Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Dessauer. Er sprach über

das wirtschaftspolitische Programm der Deutschen Zentrumspartei.

Das dreiviertelstündige Referat enthielt etwa folgende Gedanken:

Wir vom Zentrum, so führte er etwa aus, haben einen besonderen Grund, unsere Wirtschaftspolitik von ihren Fundamenten durchzudenken und aufzubauen. In einer großen Anzahl von einzelnen Wirtschaftsfragen, die wir in den letzten Jahren lösen mußten, haben wir uns untereinander mißverstanden und bekämpft. Die Schulung zur Bildung unserer Entschlüsse, die wir insbesondere kulturpolitisch haben, besitzen wir wirtschaftspolitisch noch nicht.

So bildet jede wirtschaftspolitische Entscheidung, wie sie der Tag bringt, für uns die Möglichkeit eines inneren Konflikts,

und wir können nicht ertragen, in solchen Fragen, die Monat für Monat lebendiger, ernster, massenbewegender geworden sind, uns auf die Dauer mißzuverstehen. Daraus erwächst

die Pflicht, unser wirtschaftspolitisches Fundament zu verstärken und zu verbreitern.

Und dieser Parteitag will heute vor den Anhängern der Partei und vor der ganzen Welt dartun, daß wir diese Lage erkennen und gewillt sind, ihr Rechnung zu tragen. Es muß möglich sein, mit Hilfe der Prinzipien des Christentums die Wirtschaftsgesetzmäßigkeit so zu entfalten, daß über die liberalistische Wirtschaftsordnung unserer Vergangenheit und Gegenwart und über die sozialistischen und kommunistischen Wirtschaftssysteme, wie sie im Osten versucht und bei uns von vielen Kräften erstrebt werden,

christliche Wirtschaftsordnung

als eine sichtbare Form erstehe und Macht im Leben gewinne. Diese Erwägungen haben dazu geführt, den

Entwurf eines neuen Wirtschaftsprogramms

aufzustellen, von dem in Zukunft mehr die Rede sein wird. Wir wollen klar zeigen, wohin die Wirtschaft der Zukunft führen soll und welche Vorstellung wir selbst da-

tsgeschenke
enwäsche,
n,
nderstrümpfe,
terzeuge,
r usw.
Auswahl
isen im
rla Niessing
53

von haben. Als Wichtigstes dieses: Daß von nun an aber noch mehr als in der Vergangenheit eine zusammenfassende planmäßige Wirtschaftspolitik eine der Hauptaufgaben der Deutschen Zentrumspartei sein wird. Sie wird die gleiche Pflege, den gleichen Rang genießen, wie die anderen Gebiete der Politik: Außenpolitik, Innenpolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik. Es ist unsere Ueberzeugung, daß auch Wirtschaft in ihren eigenen Gesetzen von einem guten Christen erfolgreich betrieben, und zwar im religiösen Sinne zu Gottes Ehre getrieben werden kann.

Erfolgreiche Wirtschaftsführung braucht nicht in Egoismus zu münden,

und wir brauchen nicht vom erfolgreichen Wirtschaftsführer anzunehmen, daß Machthunger und Streben nach Reichtum seine letzten Ziele seien.

Wir bejahen und anerkennen das Streben der Einzelnen, der Berufsstände und Körperschaften nach wirtschaftlicher Wohlfahrt. Wir erkennen das Recht des Besitzes und der Verfügungsmacht über das Eigentum an, aber wir fügen gleich hinzu: Weil das Wirtschaftsleben ein gesellschaftlicher Vorgang ist, sich also zwischen den Menschen und ihren Schichten abspielt, liegt das Recht des Einzelnen und der Erwerbsgesellschaften auf Erwerb, Besitz und Verfügungsmacht über das Erworbene eingebettet in die öffentliche Rechtsordnung der Gesellschaft und muß hier sowohl Schutz wie aber auch Schranke finden.

Es ist sodann für uns nicht gleichgültig, ob jemand wertvolle Lebensgüter herstellt: Nahrung, Kleidung, Gegenstände der Kultur, oder weniger wichtige, nur dem flüchtigen Genuß dienende Gegenstände oder gar solche, die der Volksgesundheit schädlich sind. Wir wollen die Konsumorientierung und die Produktionsinitiative auf einer höheren Ebene zur Vereinigung bringen und erstreben daher Wirtschaftsformen, die zwar der Persönlichkeit des kleineren oder größeren Unternehmers und ihrer lebendigen Kraft Wirkungsraum gestatten, die aber zugleich statt zügelloser Produktion und Preisbildung planmäßige Produktion und Bedarfsdeckung gewährleisten. Was hier vor Augen schwebt, ist

das kooperative Wirtschaftssystem,

das aus dem Wirrwarr des Nebeneinander und Gegeneinander ein ökonomisches, weil planmäßiges Wirtschaftsvollziehen herbeiführen will.

Hinsichtlich der Rolle des Staates in der Wirtschaft ist wiederum der Gegensatz sozialistischer und liberalistischer Auffassung auf die Spitze getrieben. Der Sozialismus macht in Konsequenz seiner Grundlagen den Staat zum Hauptträger seiner Wirtschaft, zum Produzenten und Versorger. Der Liberalismus will in seiner reinen Form dem Staat möglichst jeden Eingriff, ganz bestimmt aber die selbständige Unternehmertätigkeit verwehren. Wir können uns keinem der beiden Gedankengänge vollständig anschließen. Unser Gedanke, daß Wirtschaft weniger gut im Kampfe als in der Kooperation gedeihe, hat die Konsequenz,

auch den Staat als kooperativen Faktor der Wirtschaft anzusehen.

Wir müssen uns gemeinschaftlich sodann klar sein über die Begrenzungslinie zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik, da ja jede Sozialpolitik nur auf wirtschaftlichem Leistungsvermögen aufgebaut werden kann. Wir anerkennen damit offen, daß die grundsätzliche Synthese zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik noch zurückgeblieben ist. Wir müssen auch zu einer klaren programmatischen Stellung in der Frage des Rechtes der Arbeitnehmerschaft auf Einblick in die Betriebszusammenhänge, Einfluß auf die Verwaltung der Großbetriebe, Anteil am Gewinn und Gelegenheit zum Erwerb von Besitzrechten kommen. Die Frage der Bodenreform, die Frage, wie die Arbeiterschaft zu eigenem Heim kommt und viele solcher Probleme sind nicht minder wichtig. Die Neuregelung unserer staatlichen Ordnung ist auch eine wirtschaftspolitische Frage.

Ich glaube, die Stunde ist da, wo der wirtschaftspolitische Unterbau für die zahlreichen Entscheidungen der Zukunft vollendet werden muß.

Die erwerbstätigen Menschen im Lande verlangen, daß ihnen gezeigt wird, wohin das Zentrum als christlich-politische Partei die Wirtschaftspolitik führen will.

Wir sind imstande, für diese und andere Fragen deutliche sichtbare, lebensnahe Wirtschaftsformen als Ziel unserer Arbeit aufzuzeigen. Formen, wie wir sie erstreben, werden dem Volke einen besseren wirtschaftlichen Zustand verschaffen, als die auf anderen Weltanschauungen aufgebauten liberalistischen und sozialistischen Systeme. Denn das kooperative Wirtschaftssystem, welches uns vorschwebt, setzt alle natürlichen Gegebenheiten in den Wirtschaftsprozeß am rechten Orte ein, den Einzelmensch mit seinem Gewinnstreben, den Mitmenschen in seiner letzten Unantastbarkeit, die Gesellschaft mit ihrem übergeordneten Wert, die Natur mit ihren Gütern in starker Abstufung der Nützlichkeit für den Menschen, die Technik als unsere große Helferin. Gelingt uns der Plan, dann werden wir ein gutes Werk vollbracht haben für das ganze deutsche Volk, und als besonderer Lohn dieses Werkes wird uns die Wiederkehr von großen Scharen unserer alten Freunde winken, die der wirtschaftliche Wirrwarr der letzten Jahre uns zeitlich entfremdet hat. (Lebh. Beifall.)

Die Ausführungen Dessauers fanden sehr starken Beifall Man unterstrich kurz die Bedeutung des Vortrages und gab dann dem Reichstagsabgeordneten Dr. Perlitius das Wort, der das mehr theoretische Referat Dessauers nach der praktischen Seite hin ergänzte, indem er über die wirtschaftspolitischen Tagesfragen und Aufgaben sprach. Er ging von der gegenwärtigen Lage unserer Wirtschaft aus, kam dann auf die Kartelle zu sprechen, deren Entstehung und Gebahren er dauernder Beachtung empfahl, weiter auf die Wohnungsfrage, die Not der Landwirtschaft und schließlich auf die Sorgen, die den Mittelstand betreffen. Auch dieses Referat fand lebhafte Zustimmung. Dann wurde die gestern abgebrochene Diskussion fortgesetzt.

Zunächst sprach Studienrat Wigger-Wanne. Er gab als Grund des Stimmenergebnisses bei den letzten Wahlen an, daß die Kandidatenaufstellung die Wählerschaft nicht befriedige. 9½ Jahre stehe er an der Spitze einer Kreisorganisation. Er habe dort noch niemals den Spitzenkandidaten gesehen, für den er bei jeder Wahl eingetreten sei. Wenn wir das Wahlrecht nicht ändern können, dann sollte die Partei von sich aus kleinere Urwahlbezirke bilden, die je einen Kandidaten vorschlagen. Landwirt Surmann-Amelunxen wandte sich gegen die Splitterparteien, die sich neuerdings in der Landwirtschaft bilden. Die beste Bekämpfung sei eine Preispolitik für die Landwirtschaft, die die Rentabilität wieder herstelle. Dr. Reuter-Köln sprach im Auftrage der Jugend dem Prälaten Kaas das Vertrauen aus. Er bittet, der Jugend Gelegenheit zu geben, daß sie mitarbeiten könne. Der Abgeordnete Schlack setzte sich mit der Entwicklung der modernen Wirtschaft auseinander. Dr. Wisgens-Elberfeld sprach dafür, das gesamte Hauszinssteuereinkommen für den Wohnungsbau zu verwenden (Beifall.) Parteisekretär Kaes-Duisburg forderte die Wegräumung der Dissonanzen, die nach der Führerwahl noch geblieben seien Er verlangte unter starkem Beifall die Reform des Wahlrechts. Dr. Schmidt, der Geschäftsführer des rheinischen Handwerkerbundes, setzte sich für die Interessen des Handwerks ein, Rechtsanwalt Henrn für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Nachdem noch ein Redner aus Baden gesprochen hatte, wurden die Verhandlungen auf den Nachmittag vertagt.

★

Die Nachmittagssitzung.

Die Vorstandswahl.

Die Nachmittagssitzung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Entgegennahme der Kommissionsberichte. Justizrat Mönnig teilte mit, daß vorgeschlagen werde, den Reichsparteivorstand, der bisher aus 40 Mitgliedern bestand, auf 66 zu erweitern und verlas darauf die Namen derer, die den neuen Vorstand bilden sollen Es sind folgende:

Vorsitzender Kaas, Dr. Prof.; Ehrenvorsitzender Herold, Landesökonomierat; Marx, Dr., Reichskanzler a. D.; Porsch, Dr. Geh. Justizrat; Beisitzer: Astor, Kaufmann; Baumhoff, Postinspektor; Beyerle, Justizminister; Bocklus, Dr. Rechtsanwalt; Brand, Oberregierungsrat; Brauns, Dr., Reichsminister a. D.; Krone-Münzebrock, Dr.; Dessauer, Dr., Universitätsprofessor; Elfes, Polizeipräsident; Esser, Genossenschaftsleiter; Flügler, Dr., Regierungsrat i. D.; Giesberts, Reichsminister a. D.: Graw, Landesökonomierat; Grebe, Professor; v. Guérard, Verkehrsminister; Frau Hattemer; Hermes, Dr., Reichsminister a. D.; Heß, Dr., Regierungsdirektor; Heurich, Gewerkschaftssekretär; Hirtsiefer, Dr. Minister; Hofmann, Oberlehrer; ten Hompel, Dr., Generaldirektor; Hügging, Landwirt; Joos, Schriftleiter; Kaiser, Köln, Landesgeschäftsführer; Kaiser-Münster, Eisenbahner; Kazenberger, Dr., Oberregierungsrat; Kloft, Beigeordneter; Klöckner, Florian, Dr., Industrieller; Konen, Dr., Universitätsprofessor; Frau Körner, Landtagsabgeordnete; Lammers, Abgeordneter; Lauscher, Dr., Universitätsprofessor; Lensing, Dr., Verleger; Loenartz, Koblenz, Rechtsanwalt; Fürst zu Löwenstein, Dr.; Mausbach, Dr., Universitätsprofessor; Mengeltamp, Arbeitersekretär, Mönnig, Dr., Justizrat; Orth, Redakteur; Otte, Dr., Pfarrer; Perlitius, Dr., Landwirtschaftsrat; Frau Philipp; Reinke, Dr., Rechtsanwalt; Reuter, Dr.; Bibliotheksdirektor; Ruffini, Geschäftsführer; Schmelzer, Landwirt; Schofer, Dr., Prälat; Schreiber, Dr., Universitätsprofessor; Schulte, Senatspräsident; Steger, Gewerkschaftssekretär; Stegerwald, Dr., Ministerpräsident a. D.; Frau Teusch; Frau Weber, Ministerialrat; Frau Wessel; Frau Wingerath, Dr.; Ulitzka, Domkapitular; Unterberger, Obermeister; Wirth, Dr., Reichskanzler a. D.; Belda, Gewerkschaftssekretär, Frau Kinsberger, Oberpostrat und Müller, Dr., Generalpräses.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Der Vorstand hatte früher vier stellvertretende Vorsitzende. Jetzt ist der Wunsch geäußert worden, daß der gewählte Vorstand sich selbst einen stellvertretenden Vorstand wählt, aber Abg. Joos, soll einer der stellvertretenden Vorsitzenden sein. Darauf sprechen Abgeordneten Joos, Justizminister Beyerle, Brüning und Hofmann-Ludwigshafen über die Arbeit der Kommissionen. Sie verlesen die von diesen gefaßten Beschlüsse, mit denen sich der Parteitag, ohne daß es noch zu einer großen Diskussion kommt, einverstanden erklärt. Es ist eine große Anzahl von Anträgen und Entschließungen, die wir in den nächsten Tagen veröffentlichen.

★

Die Schlußansprache des neuen Vorsitzenden.

Damit war der Parteitag an den Schluß seiner Beratungen angekommen. Der Parteivorsitzende Prälat Dr. Kaas nahm das Wort zur Schlußansprache.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so begann er, stehen wir an einem wesentlichen Abschnitt der Nachkriegsgeschichte der Deutschen Zentrumspartei. Der Redner dankte dann allen, die sich um das Zustandekommen des Parteitages verdient gemacht haben, sowie den Referenten der Tagung, deren Ausführungen er noch einmal in sachlicher Beziehung unterstrich. Ich glaube, sagte er weiter, ich spreche ein Urteil aus, was wir heute gefällt haben: Der Parteitag hat einen Ertrag von solcher Tiefe und vorwärtstreibender Kraft entwickelt, wie es selten auf einem Parteitag zu verzeichnen war. Das Referat Stegerwalds sollte die magna charta der Jugendbildung in der Partei sein. Niemand von uns denkt daran, die Kämpfe der Vergangenheit irgendwie zu verkleinern. Gedanklich programmatisch hat die Partei längst den Rahmen gesprengt, und zwar pflichtgemäß, der ihr früher gezogen war. Wir sollten einmal in Opposition stehen, dann würde es eine Kleinigkeit sein, mit dem agitatorischen Gebaren anderer Parteien tabul rasa zu machen. Die Exemplikation auf das alte Zentrum beweist, daß wir heute nicht mehr die Zugkraft des alten Zentrums haben. Damals waren die Verhältnisse ganz anders. Wir haben hier so gut wie keine Debatte gehabt. Auseinandersetzungen, wie wir sie früher hatten, sind überwiegend praktischer, nicht grundsätzlicher Natur gewesen. Letzten Endes ist das Charakteristikum des Zentrums nicht Aggressive, sondern Selbstbehauptung und Defensive. Nichts liegt uns ferner als den Trennungsstrich gegenüber den Nichtkatholiken schärfer zu ziehen, als die verschiedene Konfessionalität es an sich mit sich bringt.

Nichts wäre verkehrter, als wenn jemand sagen würde, daß das Kleid, das ich trage, vielleicht eine Atzentnierung für die kommende Arbeit des Zentrums sein könnte.

Der solidarische Kampf gegen alles das, was das christliche Deutschland vom Erdboden verschwinden lassen möchte, dieser Kampf ist das Gebot der Stunde. Ich hoffe, daß dieses Wort überall gehört wird, wo, ich will gern zugeben, aus Besorgnis heraus, dieser Charakter unserer kulturpolitischen Arbeit in der letzten Zeit, und vor allem in den letzten Monaten verkannt worden ist.

Wir denken nicht daran, wenn wir unsere Verhältnisse mit dem Staat regeln, irgendwie einzugreifen in das Interessengebiet anderer Konfessionen.

Wir erwarten dann allerdings auch, daß diese Delikatesse von der Gegenseite in gleichem Maße beachtet wird. In diesen Dingen besteht also kein Anlaß zum Streit.

Ich möchte glauben, daß das schöpferische Bild, das Herr Prof. Raedersheidt von den geistigen Grundlagen des Zentrumsgedankens und der Zentrumspolitik entworfen hat, geeignet sein sollte, weit über die Zentrumsmauern hinaus einmal Aufklärung zu verbreiten, dann aber auch alle diejenigen davon zu überzeugen, daß diese Probleme zur Folge haben, daß wir zu den 3¾ Millionen Stimmen noch weitere 3 Millionen bekommen.

An dem Tag wäre das christliche und soziale und demokratische Deutschland auf dem Marsch.

(Bravo!) Ich habe in den Verhandlungen dieses denkwürdigen Parteitages vor allem eines als charakteristisch empfunden, nämlich

das starke Vordrängen der wirtschaftlichen Fragen.

Der ernste Wille der führenden wirtschaftlichen Köpfe der Partei ist offenkundig, mit diesen schicksalsschweren Problemen zu ringen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, mit ihnen auseinanderzusetzen im Geiste unseres christlichen Glaubens, aber auch in dem ehrlichen Willen, auf dieser Grundlage ein wirtschaftspolitisches Programm zu gestalten, das unserm Volk und vor allem den Notleidenden unseres Volkes, eine Aussicht auf eine bessere Zukunft eröffnet. Auch das möchte ich mit allem Nachdruck sagen: glauben wir nicht, die großen sozialen Spannungen mit dem bloßen Appell an die Grundgedanken des Christentums beseitigen zu können Man darf an die Solidarität der Stände nicht theoretisch appellieren, um dann sachlich berechtigte Kritik und sachlich berechtigte Aenderungswünsche einschläfern, sondern man muß dann den Mut, unter Umständen auch die Entsagung haben, diesen Gedanken auch auf Kosten des eigenen Standes anderen gegenüber zu realisieren. Erst dann beginnt der Appell an die großen Grundsätze des Christenrums, versöhnend und überzeugend zu wirken Gerade aus diesem Gesichtspunkt heraus war das Referat meines hochverehrten Herrn Kollegen, Prof. Dessauer, ein wahres Ereignis. Ich glaube, entweder müssen wir uns entschließen,

die ehrliche kooperative, wahrhaft kooperative Wirtschaftspolitik

aus der Welt des Gedankens in die Welt ehrlicher Realität zu übertragen, entweder müssen wir uns entschließen, aus dem unbefriedigten Heute ein befriedigenderes Morgen zu machen, oder aber andere werden das unbefriedigte Heute auf dem Wege der Revolution zu einem Morgen zu gestalten suchen. Ich hoffe auch, daß das, was gerade auf dem wirtschaftlichen Gebiet hier entwickelt wurde, der Ausgangspunkt für große und männliche Entschlüsse sein wird, dann möchte ich hoffen, daß dieser Parteitag auch nach dieser Richtung einmal in der Parteigeschichte des deutschen Zentrums und in der Geschichte des deutschen Volksstaates genannt wird. Gerade die Ausarbeitung dieses Gedankens der kooperativen Wirtschaft für jedes an dem Wirtschaftsprozeß beteiligte Volksglied hat etwas Beruhigendes und etwas Aussichtsvolles. Wenn wir heute hinschauen über unser deutsches Vaterland, wenn wir die Not gewisser Stände betrachten, die uns heute von den verschiedenen Debatterednern in so eindrucksvoller Weise geschildert wurde, die Not im Wirtschaftsleben der Industrie, die Unausgeglichenheit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wenn wir hinschauen auf den geradezu tragischen Existenzkampf der deutschen Landwirtschaft, auf die schwere besorgniserregende Lage des deutschen Mittelstandes, wenn wir hinschauen auf die vielen Opfer durch die furchtbaren Uebergangsjahre der Inflation und Deflation, die vor allem in den Kreisen des Mittelstandes einen großen Teil einnehmen, dann sehen wir es ein:

Wir stehen erst am Anfang der eigentlichen Aufbauarbeit.

In diesem Augenblick beginnen nun auch

die großen außenpolitischen Entscheidungen,

die ja eigentlich erst die Voraussetzungen schaffen für die Realisierung der innenpolitischen Pläne, die entwickelt worden sind. Ich habe niemals den Eindruck gehabt, daß wir vor so entscheidenden Entschlüssen ständen, gerade auch nach der außenpolitischen Seite hin, wie im gegenwärtigen Augenblick. Es ist von verschiedenen Rednern die Erwartung zum Ausdruck gebracht worden, daß die verantwortliche Leitung der deutschen Außenpolitik, und ich betone das mit besonderem Nachdruck, auch vor allem die mitverantwortlichen Ressorts in der deutschen Reichsregierung die Nervenkraft und seelische Resistenz haben, die notwendig ist, um in einem solchen Schicksalsmoment rein sachliche Beschlüsse zu fassen. Von Seiten des Auslandes wird jeder mögliche Druck auf uns ausgeübt, um die Chancen zu unseren Ungunsten zu verwandeln, sodaß man mit einiger Besorgnis auf die schönen Ufer des Lugano-Sees blickt, wo diese Entscheidungen sich vorbereiten werden. Auf der andern Seite ist eine Willens- und Machtzentration zustande gekommen, wie sie stärker nicht gedacht werden konnte, allein durch die eine Tatsache, daß der französische Ministerpräsident Poincaré Herrn Briand die weniger wichtige Frage der Außenpolitik und die repräsentative Seite des Außenministeriums überließ, während er sich zum Spezialdezernenten der Reparationsfrage gemacht hat.

Ich weiß nicht, bisher sind wir jedenfalls noch nicht absolut überzeugt, ob diese Willens- und Kraftkonzentration auch schon im Innern des deutschen Kabinetts zustandegekommen ist Ich hoffe, daß diejenigen Stellen unserer Regierung, die wahre Verantwortung tragen und Einfluß ausüben können, dafür sorgen, daß dem Drange nach reparationspolitischer Mobilisierung auf der anderen Seite auch die Kampf- und Verhandlungsbereitschaft auf deutscher Seite entspricht.

Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne einem Manne besonders zu danken, der in diesen Tagen mehr als andere ein reich geschütteltes Maß von Arbeit und Sorge für das Wohl der Partei und unsere Sache getragen hat, dem Herrn Justizrat Mönnig (Beifall), der wirklich der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht war, der jedenfalls in diesen Tagen eine Nervenstärke gezeigt hat, die ihn eigentlich befähigte, sofort nach Lugano geschickt zu werden. Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank an im Namen des ganzen Parteitages. (Bravo!) Sie werden begreifen, daß ich für meine Person mich diesem Dank deshalb nur mit gewissen Vorbehalten anschließen kann, weil dieser Parteitag für mich so unerwartet ausgegangen ist.

Wir haben zu Beginn unserer Tagung unsere Gäste begrüßt. Unsere ausländischen Gäste haben uns unterdessen verlassen müssen. Aber ich möchte doch diesen Parteitag nicht schließen, ohne auf die symbolische Bedeutung dieses Besuches erneut hingewiesen zu haben, auf die symbolische Bedeutung dieses Besuches, der zeigt, daß letzten Endes

die Länderkarte so, wie sie aus den Händen der großen Vier in Versailles hervorgegangen ist, doch wohl noch nicht das Endstadium europäischer Gerechtigkeit

darzustellen braucht. (Beifall!) Für besonders vorsichtige Gemüter möchte ich nicht unterlassen zu betonen: Ich bin mir der inneren Konsequenz des Versailler Vertrages und vor allem der gewaltigen Ringmauer, die das konzentrische Interesse der Interessenten dieses Vertrages um seine Bestimmungen legt, viel zu sehr bewußt, als daß ich die Schwierigkeiten unterschätzte. Aber das, was ich einem französischen Delegierten einmal in Genf gesagt habe, das kann ich hier aussprechen, das ist wenigstens im Versailler Vertrag nicht verboten worden; es ist vielleicht eine bedauerliche und bedenkliche Lücke, die von der Gegenseite leider übersehen worden ist.

Es ist nicht verboten worden, an den Anschluß zu denken,

es ist nicht verboten worden, für die Vernünftigkeit und Moralität dieses Anspruches in der Welt bei allen denjenigen, die noch der Belehrung und eines unpersönlichen Urteils fähig sind, zu gegebener Zeit zu werben, um einmal die Früchte einer gedanklichen Neuorientierung der Welt zugunsten Deutschlands und Oesterreichs, zugunsten der beiden Brudervölker, in legaler Weise ernten zu können.

Wenn mich etwas bei den Begrüßungsansprachen tief gerührt hat,

lieber Freund Leicht,

(Redner wendet sich an den vor ihm sitzenden Abg Leicht von der Bayrischen Volkspartei), dann ist es das Memento gewesen, das Du unserm verewigten Führer, dem unvergeßlichen Trimborn, gewidmet hast, und der Hinweis auf die Gefühle, die Deine Vorbeifahrt an seinem allzu frühen Grabe bei Dir und Deinen Freunden geweckt hat. Sei versichert, lieber Freund, daß diese Gefühle in unserer aller Herzen leben und

daß wir den Tag herbeisehnen, wo wir der Gastfreundschaft ein Ende machen können

und wo wir Dich und Deine Freunde nicht als Gäste, sondern als gleichberechtigte Brüder im alten Vaterhause begrüßen können.

Nachdem sich der außerordentlich starke Beifall gelegt hatte, der der glänzenden Rede des neuen Parteichefs folgte, nahm noch einmal Justizrat Mönnig das Wort. Er bezog sich auf die „Rheinische Zeitung", das in Köln erscheinende sozialdemokratische Blatt, das seinen Bemerkungen über den Parteitag die Ueberschrift gegeben hatte: „Es brennt im Pressaturm". „Ich möchte", so betonte Justizrat Mönnig, sagen: „Es brennt das ganze Haus von glühender Begeisterung für die Zentrumspartei."

Die starken Zustimmungskundgebungen, die sich an diese Bemerkung anschlossen, bewiesen, wie sehr der Redner der Versammlung aus dem Herzen gesprochen hatte.

Das Deutschlandlied beendigte sodann die glänzend verlaufene Tagung, die durch die Wahl des neuen Parteiführers eine besondere Bedeutung für das Zentrum behalten wird.

★

Freundlicher Empfang der deutschen Delegation.

Lugano, 8. Dez. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist an der Spitze der deutschen Delegation in Begleitung von Staatssekretär Dr. v. Schubert und dem Justitiar des Auswärtigen Amts Ministerialdirektor Dr. Gaus heute abend kurz nach 6 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug hier eingetroffen. Der deutsche Gesandte in Bern Dr. Adolf Müller war heute vormittag dem Reichsminister bis nach Olten entgegengefahren und hat sich zusammen mit der deutschen Delegation nach Lugano begeben. Mit dem gleichen Zuge ist auch das deutsche Mitglied der Informationsabteilung des Völkerbundes Dr. Max Beer hier eingetroffen. Zum Empfang des Reichsministers hatte sich auf dem Bahnhof eine tausendköpfige Menge eingefunden, darunter neben zahlreichen Mitgliedern der deutschen Kolonie vorwiegend ansässige Bevölkerung Luganos, die Dr. Stresemann einen sehr freundlichen Empfang bereitete und bei seinem Erscheinen spontan Beifall klatschte. Der Reichsminister, der die Reise gut überstanden hat, begab sich nach Begrüßung durch den deutschen Konsul Franken sofort mit seiner engeren Begleitung zu dem bereitstehenden Automobil, vor dem ihm ein Mädchen der deutschen Kolonie unter Ueberreichung eines Straußes roter und weißer Rosen den Willkommengruß entbot. Nach Abfahrt seines Wagens zerstreute sich die tausendköpfige Menge, in der ein leichtes Polizeiaufgebot den Verkehr regelte, nur langsam und in lebhaft interessierten Gesprächen über die bevorstehende Ratstagung, für deren technische und gesellschaftliche Vorbereitung die Stadt Lugano sich alles angelegen sein läßt. Viel beachtet wird, daß anläßlich der bevorstehenden Begegnung der Minister des Auswärtigen Deutschlands, Englands und Frankreichs, die sich bekanntlich aus Gesundheitsgründen seit März dieses Jahres nicht mehr besprechen konnten, auch wieder die Rechtskonsulenten Dr. Gaus, Sir Cecil Hurst und Fromageot nach Lugano gekommen sind. Beachtet wird ferner der Umstand, daß neben dem italienischen Ratsmitglied Scialoja zum erstenmal wieder seit ungefähr anderthalb Jahren der italienische Unterstaatssekretär des Auswärtigen Grandi an einer Völkerbundsveranstaltung teilnimmt. Der italienischen Delegation, die morgen vormittag in Lugano eintrifft, wird, wie man vernimmt, auch der italienische Rechtskonsulent Pilotti angehören. Da Sir Austen Chamberlain am Sonntag ebenfalls bereits um die Mittagszeit in Lugano eintrifft, hält man es nicht für unwahrscheinlich, daß schon am Sonntag nachmittag eine erste Fühlungnahme zwischen den Mitgliedern der einzelnen Delegationen aufgenommen wird.

★

Belgische und ungarische Vertreter.

● **Lugano, 8. Dez.** Die belgische Regierung beabsichtigt, wie von französischer Seite verlautet, den ehemaligen belgischen Botschafter in London, Baron Moncheur, der in dieser Woche an den Genfer Beratungen des Sonderausschusses zur Kontrolle der Rüstungsindustrien teilnahm, nach Lugano zu entsenden, um gegebenenfalls an den anläßlich der Zusammenkunft Briands, Chamberlains und Stresemanns für die nächste Woche erwarteten politischen Gesprächen teilnehmen zu können. Die Ankunft des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen ist ebenfalls für Anfang nächster Woche angesagt. Graf Bethlen hat, wie erinnerlich, in den letzten Tagen in Genf vor dem Finanzkomitee des Völkerbundes im Hinblick auf die Möglichkeit der Aufnahme einer neuen internationalen Anleihe durch Ungarn die Finanzlage seines Landes dargelegt. Anscheinend handelt es sich dabei um Sondierungen, ob gewisse Konzessionen in Bezug auf die für die erste internationale Anleihe Ungarns bereitgestellten Garantien möglich sind. Auf ungarischer Seite glaubt man, diese Besprechungen in Lugano fortsetzen zu können. Die neue Anleihe soll, wie man erfährt, hauptsächlich dem Ausbau des ungarischen Straßennetzes dienen.

★

Die erste Unterredung.

× **Lugano, 9. Dez.** Der französische Minister des Aeußern Briand hatte heute abend mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Sitz der deutschen Delegation eine Unterredung, die fünfvierteilstunden dauerte und in sehr freundschaftlicher Form vor sich ging. Bei dieser ersten Fühlungnahme wurden außer verschiedenen Punkten der Tagesordnung des Völkerbundsrats, dem Briand präsidieren wird, auch eine Reihe politischer Fragen besprochen und vereinbart, die Unterhaltung forzusetzen. Eine Viertel-Stunde nach Verlassen des Hotels kehrte der französische Minister des Aeußern wieder zurück, um dem englischen Minister des Aeußern, Chamberlain, einen kurzen Besuch abzustatten.

Im „Matin" schreibt Sauerwein aus Lugano zu den Besprechungen der Außenminister: Diesmal scheinen sich die Meinungsverschiedenheiten nicht nur auf einen besonderen Gegenstand zu erstrecken, sondern zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und England andererseits auf eine völlig voneinander abweichende Auslegung alles dessen, was seit dem Vertrage von Locarno eingetreten ist. Sauerwein meint, die Unterhaltungen wären selbstverständlich vergeblich, wenn das Ziel des deutschen Außenministers in Lugano sei, Briand und Chamberlain dazu zu bringen, sich selbst zu dementieren. Wenn der Vertreter des Deutschen Reiches nur nach Lugano gekommen sei, um das Unrecht seiner beiden Kollegen zu beweisen, wäre es wertvoller gewesen, sich überhaupt nicht zu begegnen und den künftigen Diplomaten die Arbeit zu überlassen. Optimistisch fährt Sauerwein dann fort, man dürfe nicht den Schein mit der Wirklichkeit verwechseln. Die deutsch-französische Annäherung, die auf dem wirtschaftlichen und industriellen Gebiet bereits soweit fortgeschritten sei, werde nicht an einigen strittigen Fragen zerschellen.

Arbeiterschaft und Zentrumspartei.

⌄ **Köln, 9. Dez.** Am Sonntag, 16. Dezember, findet in Essen eine Versammlung von Vertretern der Arbeiterzentrumswähler statt, in der die Abgeordneten Giesberts, Imbusch und Stegerwald über Zentrumsparteitag und Arbeitertag sprechen werden.

Das Befinden des Königs von England.

○ **London, 9. Dez.** Heute nachmittag wurde folgendes ärztliches Bulletin ausgegeben: Der König hat einige Stunden geschlafen, da das andauernde Fieber unvermeidlich eine gewisse Erschöpfung zur Folge hat. Der Puls ist gleichwohl regelmäßig.